

FREIBERUFLER-TICKER vom 6. Dezember 2024

1. Ehrenamt im Fokus

In Deutschland sind rund 29 Millionen Menschen freiwillig und ehrenamtlich engagiert. Im Vorfeld des Internationalen Tages des Ehrenamtes beschloss das Bundeskabinett am 4. Dezember 2024 zwei zentrale Vorhaben zur Förderung des freiwilligen Engagements. Der [Vierte Engagementbericht](#) nimmt die Möglichkeiten freiwilligen Engagements in Deutschland in den Blick. Er beleuchtet, wie soziale Unterschiede die Beteiligungsmöglichkeiten beeinflussen und zeigt, wie Staat und Zivilgesellschaft Barrieren abbauen können. Der Bericht macht deutlich, dass soziale Ungleichheiten wie Unterschiede im Einkommen, in der Schulbildung oder ein Migrationshintergrund die Beteiligungsmöglichkeiten am freiwilligen Engagement mit beeinflussen. Bestehende Ungleichheiten werden im Engagement oft noch verstärkt. Zudem wurde die [Engagementstrategie](#) des Bundes beschlossen. Sie ist Richtschnur für die Engagementpolitik des Bundes in den kommenden Jahren. Fünf strategische Ziele werden mit der Strategie verfolgt: 1. Freiwilliges Engagement in Krisenzeiten und Transformationsprozessen stärken. 2. Teilhabe ermöglichen - Vielfalt anerkennen. 3. Strukturellen Herausforderungen für freiwilliges Engagement begegnen. 4. Digitale Transformation der Zivilgesellschaft begleiten. 5. Engagement über Grenzen hinweg ermöglichen.

2. Für Bürokratie aufgewendete Arbeitszeit

Durch erhöhte Anforderungen müssen Angestellte 22 Prozent ihrer Arbeitszeit für bürokratische Tätigkeiten aufwenden. Dies geht aus einer Umfrage des ifo Instituts unter Führungskräften in Deutschland hervor, die am 4. Dezember 2024 [publiziert](#) wurde. Die Unternehmen berichteten laut der Autorinnen und Autoren vor allem von erheblichem Personalaufwand, der zur Einhaltung immer neuer gesetzlicher Auflagen benötigt werde. Nach bereits Anfang des Jahres [veröffentlichten](#) Berechnungen des Instituts für Freie Berufe für den BFB zeigt sich eine höhere Betroffenheit für die Freien Berufe: Im Schnitt wenden sie 27 Prozent ihrer Wochenarbeitszeit für bürokratische Tätigkeiten auf, die nicht zu den Kernaspekten ihrer freiberuflichen Tätigkeit zählen.

3. So wenige Überstunden wie noch nie

Die bezahlten und unbezahlten Überstunden je Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer sind seit der Pandemie um mehr als ein Drittel gefallen. Dies geht aus der am 3. Dezember 2024 [veröffentlichten](#) Arbeitszeitrechnung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervor. Die Beschäftigten machten im dritten Quartal 2024 im Schnitt 3,3 bezahlte und 3,9 unbezahlte Überstunden. „Es werden so wenige Überstunden wie noch nie geleistet. Aber mittlerweile hat fast jeder neunte Beschäftigte einen zweiten Job“, erklärt Enzo Weber, Leiter des IAB-Forschungsbereichs „Prognosen und gesamtwirtschaftliche Analysen“. Insgesamt gingen rund 4,6 Millionen Beschäftigte einer Nebentätigkeit nach, 1,2 Prozent mehr als noch im dritten Quartal 2023. Damit folgt die Entwicklung dem langfristigen Aufwärtstrend.

4. Moderate Wirtschaftsstimmung in der Weiterbildungsbranche

Trotz Kostensteigerungen und einer insgesamt verhaltenen Nachfrage war das Wirtschaftsklima 2023 in der Weiterbildungsbranche moderat positiv. Ein boomendes Angebotssegment stellten Integrationskurse infolge der hohen Zahl Geflüchteter aus der Ukraine dar. Dies zeigen Ergebnisse der wbmonitor-Umfrage „Energiekrise und ökologische Transformation“ des Bundesinstituts für

Berufsbildung (BIBB) und des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen e.V. (DIE), die am 4. Dezember 2024 [veröffentlicht](#) wurden. Der wbmonitor-Klimawert für alle Weiterbildungsanbieter lag 2023 bei plus 22 Punkten (auf einer Skala von minus 100 bis plus 100), 13 Punkte höher als im Vorjahr. Die leicht positive Entwicklung entgegen dem stagnierenden volkswirtschaftlichen Trend verdeutlicht die Schlüsselstellung der Weiterbildung zur Bewältigung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Transformationsprozesse. Zugleich spiegeln sich darin anhaltend herausfordernde Rahmenbedingungen für die Branche wider – verglichen mit der Situation vor der Coronapandemie, als der Klimawert noch bei plus 44 lag (2019).

5. Zweiter Bericht zum Ganztagsausbau an Grundschulen beschlossen

Am 4. Dezember 2024 beschloss das Bundeskabinett den zweiten [Bericht](#) der Bundesregierung über den Ausbaustand der ganztägigen Bildungs- und Betreuungsangebote für Grundschul Kinder (GaFöG). Der Bericht zeigt: Die Zahl der Kinder in Ganztagsbetreuung wächst stetig. Derzeit besuchen rund 1,8 Millionen Kinder im Grundschulalter ein schulisches Ganztagsangebot oder eine Tageseinrichtung (Hort). Das sind 130.000 Kinder mehr als im Jahr zuvor. Auch die Zahl der Ganztagsgrundschulen ist weiter gestiegen, aktuell sind 73 Prozent aller Grundschulen ganztägig organisiert. Bei der Prognose der Elternbedarfe wurde mit zwei Szenarien gearbeitet: Im Szenario eines konstant bleibenden Bedarfs werden 271.000 und im Szenario eines steigenden Bedarfs 413.000 zusätzliche Plätze benötigt. Somit fehlen im Mittel rund 342.000 zusätzliche Plätze. Der überwiegende Teil des quantitativen Ausbaubedarfs entfällt auf die westdeutschen Flächenländer. In den ostdeutschen Ländern fällt der Bedarf aufgrund der bereits vorhandenen Bildungs- und Betreuungsangebote deutlich geringer aus.

6. Neue Förderrichtlinie „Nachhaltig im Beruf“ veröffentlicht

Wie das Bundesinstitut für Berufsbildung Ende vergangener Woche [mitteilte](#), wurde die Förderrichtlinie des Programms „Nachhaltig im Beruf – zukunftsorientiert ausbilden“ (NIB) veröffentlicht. Damit werden Fördermittel zur Entwicklung, Erprobung und Umsetzung entsprechender Berufsbildungsmaßnahmen bereitgestellt. Die zur Förderung ausgewählten NIB-Transformationsprojekte sollen auf konkrete betriebliche Herausforderungen eingehen und dafür praxisorientierte Lösungen der beruflichen Bildung entwickeln. Diese sollen wissenschaftlich fundiert, leicht anwendbar und übertragbar sein. Interessentinnen und Interessenten können ihre Projektskizzen bis zum 15. Februar 2025 einreichen. Förderfähig sind unter anderem Kammern, Verbände, Bildungsträger, Hochschulen, Forschungseinrichtungen oder Unternehmen. Weitere Informationen zum Förderangebot sowie zum Antragsverfahren finden sich [hier](#).

7. Weniger als die Hälfte deutscher Unternehmen empfängt E-Rechnungen

Weniger als die Hälfte der Unternehmen in Deutschland (45 Prozent) empfangen Rechnungen als E-Rechnung. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen [Studie](#) im Auftrag des Digitalverbands Bitkom, die am 3. Dezember 2024 veröffentlicht wurde. Demnach empfangen nahezu alle Unternehmen Rechnungen per E-Mail (96 Prozent). Fast ebenso viele stellen ihren Geschäftspartnerinnen und Geschäftspartnern frei, ihnen Rechnungen per Briefpost zuzusenden (93 Prozent). Bei sieben Prozent der Unternehmen erfolgt ein manueller Upload durch die

Geschäftspartner in einem Portal. 58 Prozent der Unternehmen geben an, ihre Geschäftsprozesse in Buchhaltung, Finanzen und Controlling weitestgehend oder vollständig digitalisiert zu haben.

8. Bertelsmann-Studie zu Wettbewerbsvorteilen aufgrund von Nachhaltigkeit und Digitalisierung

Mittelständische Unternehmen, die Nachhaltigkeit und Digitalisierung koordiniert angehen, sind nicht nur Vorreiter, sie verschaffen sich auch Wettbewerbsvorteile, erschließen neue Geschäftsmöglichkeiten und tragen so zum Erhalt guter Lebens- und Umweltbedingungen bei. Dabei gehe es nicht mehr allein um ökologische Aspekte, soziale Themen würden an Bedeutung gewinnen. Das ist das Ergebnis einer qualitativen Analyse der [Bertelsmann Stiftung](#) und des Fraunhofer-Instituts für Arbeitswirtschaft und Organisation (IAO), über welche die Bertelsmann-Stiftung am 29. November 2024 berichtete. Die [Studie](#) untersucht die wesentlichen Faktoren und Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche doppelte Transformation im Unternehmenskontext. Hierfür wurden ausgewählte deutsche mittelständische Unternehmen angesprochen, die sich bereits auf den Weg zu einer doppelten Transformation gemacht und aus diesem Prozess relevante Erfahrungen und Erkenntnisse gesammelt haben. Die Studie basiert auf einer qualitativen Forschungsmethode, insbesondere aus halbstrukturierten Experteninterviews als primäre Datenerhebungsmethode. Der Erhebungszeitraum liegt zwischen Februar 2024 und Juni 2024. 19 Unternehmen nahmen an der Studie teil.

9. OECD veröffentlicht halbjährlichen Wirtschaftsausblick 2024

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung [veröffentlichte](#) am 3. Dezember 2024 ihren halbjährlichen Wirtschaftsausblick. Für Deutschland wird für 2025 ein Wirtschaftswachstum von 0,7 Prozent und von etwa 1,2 Prozent für 2026 prognostiziert. Zum Vergleich: 2025 soll die Euro-Zone insgesamt um 1,3 Prozent wachsen und die USA um etwa 2,4 Prozent. Im OECD-Wirtschaftsausblick werden verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in Deutschland aufgelistet. Beispielsweise müsse die Finanzierung von geplanten Projekten im Klima- und Transformationsfonds geklärt werden, um für Firmen und Haushalte Planungssicherheit zu schaffen. Finanzieller Spielraum könne etwa durch den Abbau umweltschädlicher Steuervergünstigungen geschaffen werden. Damit die öffentlichen und privaten Investitionen steigen, sollten außerdem der Bürokratieabbau und die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung weiter vorangetrieben werden. Des Weiteren könne Fachkräfteengpässen begegnet werden, indem die Arbeitsanreize für Frauen, ältere Arbeitskräfte und Geringverdienende erhöht und die Maßnahmen im Bereich Bildung sowie Weiter- und Erwachsenenbildung verbessert werden.

10. BFB-Jobportal bietet kostenfreie Möglichkeit der Jobvermittlung

Das Jobportal www.freieberufe-jobportal.de des BFB, das im Mai 2022 insbesondere für ukrainische Geflüchtete lanciert wurde, ist im Juni 2023 in Kooperation mit dem Bundesverband Deutscher Unternehmensberatungen (BDU) zu einem allgemeinen Jobportal für die Freien Berufe erweitert worden. Nun bietet es, speziell und exklusiv als Jobportal für die Freien Berufe, Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern die Möglichkeit, dort kostenfrei, schnell und direkt offene Stellen, darunter Vollzeit- und Teilzeitjobs sowie Ausbildungs- und Praktikumsplätze, zu inserieren. Im Hinblick auf den Fachkräftemangel in den Freien Berufen setzen BFB und BDU in ihrer Kooperation gezielt einen strategischen Schritt, um bestmögliche Ergebnisse und Bedingungen in den Freien Berufen zu schaffen. Weiterhin soll mit dem Jobportal mit Blick auf das Gemeinwohl die Verbindung zwischen Arbeitssuchenden und Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern bei den Freien Berufen gefördert werden. Stellenanzeigen können [hier](#) unkompliziert und gratis aufgegeben werden.

- Anzeige -



Privatversicherte können ihren Schutz individuell zusammenstellen. Diese Leistungen sind garantiert und können auch durch die Politik nicht gekürzt werden. Zudem müssen Ärztinnen und Ärzte bei Privatpatienten nicht auf Budgetgrenzen achten. So können sie ihnen stets die bestmögliche Therapie anbieten.

[Mehr auf pkv.de](https://www.pkv.de)

BFB
Bundesverband
der
Freien Berufe e.V.

Folgen Sie uns auf LinkedIn!

@Bundesverband der Freien Berufe